

## Medienmitteilung

Montag, 2. November 2009

# Minarett-Initiative schadet dem Ruf der Schweiz

Die Wirtschaft setzt sich für ein Nein zur Minarett-Initiative am 29. November 2009 ein

**Die Minarett-Initiative ist anti-liberal und unschweizerisch. Sie setzt den Ruf der Schweiz als offenes und tolerantes Land aufs Spiel und verletzt zentrale freiheitliche Werte, zu denen auch die Glaubens- und Religionsfreiheit zählt. Ein Verbot von Minaretten in der Schweiz fügt darüber hinaus dem Wirtschaftsstandort Schweiz Schaden zu. In einer gemeinsamen Medienkonferenz setzen sich verschiedene Persönlichkeiten aus der Wirtschaft gegen die Minarett-Initiative ein. Sie lehnen die Initiative aus staats- und standortpolitischen Gründen klar ab.**

Demokratie, Offenheit und Toleranz gehören zu den unumstösslichen Werten der Schweiz. Dafür wird die Schweiz im Ausland respektiert und als neutrale Vermittlerin zwischen Konfliktparteien geschätzt. Die Initiative „Gegen den Bau von Minaretten“ setzt das gute Ansehen der Schweiz aufs Spiel. Sie verstösst gegen die konfessionelle Neutralität. Zur Bekämpfung des islamischen Fundamentalismus ist ein Minarettverbot nutzlos: Das Minarett ist bloss ein Bauwerk, nicht die Quelle der radikalen islamischen Strömungen. Kein Nachbarland der Schweiz kennt ein Verbot von Minaretten. „Die Initiative belastet das von Offenheit und Toleranz geprägte Image der Schweiz und fügt unserer Wirtschaft Schaden zu“, erklärt Gerold Bührer, Präsident von economisesuisse.

Rudolf Stämpfli, Präsident des Arbeitgeberverbandes, hält fest, dass Respekt eine Stärke des Werkplatzes Schweiz sei. „Ein Blick in unsere Betriebe zeigt, dass sich die Angehörigen der verschiedenen Kulturen und Religionsgemeinschaften untereinander verstehen, dass sie in der Regel gut integriert sind und sich gegenseitig respektieren.“ Zu diesem erfreulichen Zusammenleben trage der liberale und tolerante Geist der Schweiz mit der durch die Verfassung garantierten Glaubens- und Religionsfreiheit bei.

Der Bau von Minaretten hat nie ernsthafte Probleme bereitet. Es gibt nur vier Minarette in der Schweiz. Wie andere Bauten ist auch der Minarettbau bewilligungspflichtig. Bernard Rüeger, CEO der Rüeger SA, ist besorgt: „Ich sehe in dieser Initiative eine ungute Absicht, den Konfessionsfrieden in der Schweiz zu stören. Ein Klima des Argwohns und der Feindseligkeit wäre für die Schweiz, für unseren Ruf und unsere Wirtschaft sehr schädlich.“

Die Initiative sendet falsche Signale und gefährdet die Marke Schweiz. Davon ist Hanspeter Rentsch, Mitglied der Konzernleitung der Swatch Group, überzeugt. Die Schweizer Uhrenindustrie pflegt seit jeher enge wirtschaftliche Beziehungen mit muslimischen Ländern. Diese gehören traditionell zu den wichtigsten Uhrenexportländern der Schweiz. Zahlreiche Uhrenfirmen verfügen über Niederlassungen in muslimischen Ländern. Die Minarett-Initiative gefährdet diese langjährigen Geschäftsbeziehungen. „Die Marke ‚Schweiz‘ muss weiterhin für Werte wie Weltoffenheit, Pluralismus und Religionsfreiheit

stehen. Sie darf auf keinen Fall mit Hass, Fremdenfeindlichkeit und Engstirnigkeit in Verbindung gebracht werden.“

„Der gute Ruf ist unser grösstes Kapital“, sagt Guglielmo L. Brentel, Präsident der hotelleriesuisse. Für den Tourismusstandort Schweiz ist die Reputation von entscheidender Bedeutung. Ein Minarettverbot würde dem Ansehen der Schweiz als Gastland nachhaltig schaden. Dabei zählen gerade die Golfstaaten zu den wichtigsten Wachstumsmärkten des Schweizer Tourismus. Im vergangenen Jahr generierten Besucher aus den Golfstaaten über 400'000 Logiernächte, was einer Steigerung von rund 15 Prozent gegenüber 2007 entspricht. Brentel ist entschieden: „Die Minarett-Initiative gefährdet unser Image als Gastland. Daher sage ich klar Nein.“

Christoph Lindenmeyer, Mitglied der Konzernleitung von Schindler Management AG sowie Mitglied des Vorstandsausschusses SWISSMEM, ist gegen die Initiative, weil sie gegen die Grundsätze der Religionsfreiheit und Rechtsgleichheit verstösst. Wirtschaftlich gehörten muslimische Länder im Jahr 2009 auch zu den Wachstumsmärkten. Im Jahr zuvor exportierte die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) in die 57 Länder der Islamischen Konferenz Waren im Wert von über 5 Mrd. Franken. Dank ihrem Erdöl- und Gasreichtum werden diese schon heute wichtigen Wirtschaftspartner in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. „Die Annahme der Initiative würde die guten Beziehungen zu muslimischen Ländern massiv stören“, stellt Lindenmeyer klar. „Das ist nicht im Interesse unseres Landes.“

Unter folgendem Link finden Sie Bilder zur Medienkonferenz:

<http://www.photopress.ch/image/Aktuell/November+09/Schweizer+Wirtschaft+gegen+Minarettverbot>

Rückfragen:

Urs Rellstab

044 421 35 44

urs.rellstab@economiesuisse.ch